

Vorbemerkung zur Kinderagenda

Das Netzwerk Kindergesundheit und Umwelt hat anlässlich der 5. Europäischen Konferenz der Umwelt- und Gesundheitsminister im März in Parma einen umfangreichen Reader zum Thema Kind-Umwelt-Gesundheit vorgelegt, in dem die vielfältigen Aktivitäten von Nichtregierungsorganisationen in Deutschland dokumentiert sind; ferner enthält er einen umfanglichen

Adressteil von Verbänden und Initiativen in Selbstdarstellungen. Die Erstellung wurde finanziell unterstützt durch das Umweltbundesamt und das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit.

Aus diesem Reader wird im folgenden die Kinderagenda für Gesundheit und Umwelt 2010 zitiert. Sie dokumentiert den

aktuellen Stand der Diskussion wie auch die politischen Forderungen an die neue Bundesregierung. An der pädiatrischen Umweltmedizin Interessierte können sich den Reader bei der untenstehenden Korrespondenz-Adresse in Papierform oder elektronisch anfordern.

Dr. Thomas Lob-Corzilius

Kinderagenda für Gesundheit und Umwelt 2010

Forderungen für eine enkeltaugliche Politik im Kontext neuer Herausforderungen

Thomas Lob-Corzilius, Kinderhospital Osnabrück

Im März 2010 hat in Parma die 5. Europäische Konferenz der Umwelt- und Gesundheitsminister unter dem Thema „Die Gesundheit der Kinder in einer sich verändernden Umwelt schützen“ stattgefunden. Auf der Tagung wurde die bisherige Umsetzung des Aktionsplans zur Verbesserung von Umwelt und Gesundheit der Kinder in der Europäischen Region (CEHAPE 2004) vorgestellt und diskutiert. Die abschließende Deklaration von Parma hat die zukünftig prioritären Themen im Bereich Umwelt und Gesundheit benannt. Stärkere Berücksichtigung haben dabei der fortschreitende Klimawandel und die zunehmenden sozialen Ungleichheiten als maßgebliche Determinanten gefunden.

Aus diesem Anlass fordert das **Netzwerk Kindergesundheit und Umwelt** erneut ein konsequent präventives und damit enkeltaugliches Handeln für jede Kinder- und Jugendgeneration. Die Forderungen bauen auf die bereits anlässlich der Ministerkonferenzen von Lon-

don (1999) und Budapest (2004) von uns verabschiedeten Kinderagenden auf und sind in dieser aktualisierten Kurzfassung zusammengefasst.

Mit den im Rahmen des Aktionsprogramms Umwelt und Gesundheit (APUG) durchgeführten Kinder- und Jugendgesundheits surveys (KiGGS) sowie Kinderumweltsurveys (KUS) ist in Deutschland seit 2004 eine auch international anerkannte Arbeit geleistet worden. Die Belastung mit Schadstoffen der in Deutschland lebenden Kinder und Jugendlichen hat sich in vielen Bereichen deutlich verbessert, z. B. bei der Belastung mit Blei und Quecksilber oder auch mit den krebserregenden polyzyklischen aromatischen Kohlenwasserstoffen (PAK). Die Situation in Bezug auf die Passivrauchbelastung im Privatbereich hat sich hingegen nicht verbessert. Des Weiteren bedarf es der verstärkten Forschung, u. a. um die Gründe für die weite Verbreitung von atopischen Erkrankungen und Verhaltensauffälligkeiten zu klären.

Nach wie vor sind Kinder rechtlich, politisch und sozial in einer durch Konsum, Schnelllebigkeit und das Recht des Stärkeren geprägten Kultur benachteiligt und unterliegen der Gefahr, ausgegrenzt zu werden. Dies gilt laut KiGGS besonders für Kinder aus Familien mit niedrigem Sozialstatus und Migrationshintergrund.

Das Netzwerk Kindergesundheit und Umwelt hat deshalb die Strategie der Bundesregierung zur Förderung der Kindergesundheit begrüßt, mit ihrem ressortübergreifenden Maßnahmenkatalog (2008) die Chancengleichheit aller Kinder – besonders derjenigen Kinder aus Familien mit niedrigem sozioökonomischen Status bzw. mit Migrationshintergrund – herzustellen.

Wir fordern die neue Bundesregierung auf, diese Strategie zur Verbesserung der Umwelt und Gesundheit von Kindern weiter zu verfolgen und appellieren an die Verantwortlichen in Politik und Administration des Bundes und der Bundesländer:

- das Prinzip der **Enkeltauglichkeit** mehr denn je als oberste Priorität auf allen politischen Ebenen zu beachten. Den Begriff „Enkeltauglichkeit“ definieren wir als eine nachhaltige, generationenübergreifende Kinder-tauglichkeit.
- die **Chancengleichheit** für alle Kinder im Bezug auf eine gesunde Lebensweise in einer darauf ausgerichteten Wohn-, Spiel- und Lernumgebung zu ermöglichen sowie das unmittelbare Lebensumfeld der Kinder gesundheitsförderlich zu gestalten und dadurch Umweltgerechtigkeit zu realisieren.
- dafür Sorge zu tragen, dass **in die Umwelt eingebrachte Stoffe und Produkte** keinen negativen Einfluss auf die Gesundheit der Kinder haben. Die Verpflichtung zum vorbeugenden Gesundheitsschutz ergibt sich aus dem vom Grundgesetz garantierten Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit.

Konkret fordern wir:

- die vorbehaltlose Anerkennung der **UN-Kinderrechtskonvention**, die Aufnahme der **Kinderrechte in das Grundgesetz** sowie die volle Umsetzung der **UN-Behindertenkonvention**.
- **KiGGS** und **KUS** als Längsschnittstudien fortzusetzen und ggf. zu erweitern, um so die Entwicklung der Kindergesundheit sowie die sich ändernden sozialen, technologischen und klimatischen Umweltbedingungen in Deutschland wissenschaftlich zu verfolgen und zu erforschen. Dies gilt insbesondere auch für die in den letzten zehn Jahren ansteigenden Krebs-erkrankungsraten im Kindesalter, z. B. der Leukämie, die weitere Forschungsprogramme erfordern.
- die Bemühungen zur Verminderung von **Verletzungen, Unfällen und Vergiftungen** im Kindes- und Jugendalter z. B. im Haushalt, in der Freizeit und dem Verkehr weiter zu unterstützen, u. a. durch die Sicherstel-



lung, dass nur ge-sundheitsverträgliches Spielzeug auf den Markt kommt. Bei der Bekämpfung des „Plötzlichen Kindstodes“ müssen weitere Anstrengungen erfolgen.

- den mühsam erreichten **Nichtraucher-schutz** in öffentlichen Räumen bzw. in der Gastronomie nicht wieder aufzu-weichen und Projekte, die Eltern dabei helfen wollen Passivrauch im Privatbe-reich zu vermeiden, finanziell zu un-terstützen.
- die bislang erfolgte **Schadstoffreduktion** von Ozon und Benzol in der Au-ßenluft im Sinne der EU-Richtlinien konsequent auf Stickoxide und Feinst-staubpartikel aus Dieselruß auszuwei-ten. Forschungsprogramme für alterna-tive und schadstofffreie Antriebste-chniken und Verkehrssysteme sind zu un-terstützen.
- die Einführung einer **Begrenzung der Geschwindigkeit** auf 30 km/h in allen Wohngebieten sowie 130 km/h auf Au-tobahnen durchzusetzen, um dadurch eine Reduktion des Verbrauches fossiler Energie und des damit verbundenen Ausstoßes von Luftschadstoffen wie CO₂ zu erreichen. Neben diesen letzt-lich auch für das Weltklima positiven

Folgen führt eine Geschwin-digkeitsbegrenzung zur Ver-minderung von verkehrsbe-dingten Verletzungen und Lärmemissionen.

- die neue **Chemikaliengesetz-gebung REACH** konsequent umzusetzen. Hormonaktive und möglicherweise entwick-lungsgefährdende Schadstoffe wie spezifische Phthalate, Bis-phenol A, Quecksilber oder POPs müssen überall dort, wo sie mit Schwangeren, Säuglingen und Kindern in Kontakt kommen kön-nen, durch klare Produktions-, Han-dels- und Anwendungsverbote ver-mieden werden.
- die allgemeinverständliche und voll-ständige **Deklarations- und Identifikationspflicht** für Lebens- und Körperpflegemittel, Gebrauchsge-genstände und Spielzeug sowie Klei-dung einzuführen. Dies schließt eine verbindliche Nährwertkennzeichnung ein, die auf einen Blick sichtbar macht, welches Produkt wie viel Zucker, Fett oder Salz enthält (z. B. das Ampelsys-tem).
- das Reinheitsgebot für **gentechnik-freies Saatgut** durchzusetzen sowie eine gentechnikfreie Nahrungskette zu garantieren und das EU-Moratorium für die Zulassung und den Anbau von gen-technikveränderten Pflanzen fortzuset-zen.

Korrespondenzadresse:

Netzwerk Kindergesundheit und Umwelt e. V.

Gotlandstr. 5, 10439 Berlin

Tel.: 030-44650540, Fax: 030-44650543

E-Mail: netzwerk-KGU@gmx.de